

## Die umstrittenen Vorschläge der Bevölkerungskonferenz in Kairo

Notburga AUNER

**W**IE bereits zweimal, in Abständen von jeweils 10 Jahren, wird heuer wieder eine Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung abgehalten. Tagungsort ist Kairo, nach Bukarest (1974) und Mexiko (1984). Da wir uns zudem im Internationalen Jahr der Familie befinden, das von den Vereinten Nationen ausgerufen wurde, und dem sich die Katholische Kirche angeschlossen hat, erhält dieses Treffen vom 5.-13. September 1994 einen besonderen Stellenwert. Mit Recht erwartet die breite Öffentlichkeit von solch einer Konferenz, die praktisch auf Weltebene abgehalten wird, Orientierung und Richtlinien für die Zukunft. Die so dringlichen Fragestellungen wie Entwicklung und Wohlstand der Völker, demographisches Wachstum der Weltbevölkerung, zunehmende Überalterung in einigen Industrieländern, Kampf gegen weitverbreitete Krankheiten oder Migrationsbewegungen ganzer Völker, verursacht durch kriegerische Auseinandersetzungen, können nur in Zusammenarbeit auf internationaler Ebene in Angriff genommen und gelöst werden.

Mit Spannung wurde das Dokument des dafür eingesetzten Komitees erwartet, das nach dem zweiten Vorbereitungstreffen in Umlauf gebracht wurde. Obwohl es sich dabei noch nicht um das eigentliche Schlußdokument handelt, das erst in Kairo verabschiedet wird, weiß man doch aus der Erfahrung der letzten Jahre um die Bedeutung des Vorschlages der letzt vorangegangenen Sitzung.

So läßt sich die Ausrichtung der Lösungsvorschläge erkennen, üblicherweise bleiben nur einige wenige Fragen offen, die in der

Schlußsitzung zur Diskussion gestellt werden.

Nun wurde in der zweiten Vorbereitungs-sitzung ein Dokument erarbeitet, das in breiten Kreisen verständliche Besorgnis hervorgerufen hat. Es ist 83 Seiten lang, in sechzehn Kapitel gegliedert; sechs Seiten sind dem Thema „Entwicklung“ gewidmet, der Rest setzt sich mit der Bevölkerungsproblematik auseinander.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, sollen nun einige der vorgeschlagenen Richtlinien unter die Lupe genommen werden:

### **Hunger, Armut, Umweltverschmutzung:**

Häufig wird unterstrichen, daß das überschießende Bevölkerungswachstum als Quasi-Ursache allen Übels nicht nur die Armut so vieler Menschen bewirkt, sondern überdies auch die baldige Erschöpfung der Bodenschätze, wie auch eine zunehmende Umweltverschmutzung zur Folge hat.

Unerwähnt bleibt dabei aber, daß in gewissen Gesellschaften entwickelter Länder das Konsumdenken revidiert werden müßte, daß Länder mit größerer Bevölkerungsdichte oft eine geringere Umweltverschmutzung aufweisen als etwa andere Länder ehemals kommunistischer Herrschaft (z.B. Tschernobyl 1986), daß vor allem unzureichende oder schlechte politische und wirtschaftliche Führung die Hungersnöte der letzten Jahre verursachte, während sich gleichzeitig „höher entwickelte“ Staaten den Kopf zerbrechen, wie sie ihre Überschüsse an Lebensmitteln vernichten

können, daß gleichzeitig zahlreiche Länder nicht davon abzubringen sind, ihre überhöhten Militärbudgets zu kürzen, daß es nach wie vor grobe Ungerechtigkeiten in der Verteilung der Einkommen gibt u.a.m..

Unbeachtet bleibt auch das dem natürlichen Menschenverstand leicht zugängliche Argument, daß die Überwindung der Armut und anderer Misere gerade mittels angestrebter Entwicklungs- und Bildungsprogramme erzielt werden kann, bei deren Durchführung viele Menschen Herz, Verstand und Hände zum Einsatz bringen.

Und je mehr Hände mitarbeiten, desto besser!

Die immer wieder aufgetretenen Hungersnöte in Afrika sind auf politische und nicht auf demographische Ursachen zurückzuführen. Das Overseas Development Institute hat erst 1994 eine Studie veröffentlicht, in der gezeigt wurde, daß in einem bestimmten Landstrich von Kenia seit 1930 die Bevölkerung um das Fünffache angestiegen ist, während die landwirtschaftliche Produktion sich nicht nur im selben Rhythmus entwickelt hat, sondern heute den dreifachen Ertrag pro Person erbringt<sup>1</sup>. Kenia ist eines der afrikanischen Länder, das sich in den letzten Jahren an keiner kriegerischen Auseinandersetzung beteiligt hat.

Daß es kein direktes Verhältnis zwischen Bevölkerungswachstum und Wohlstand gibt, wurde auch erst kürzlich vom Lateinamerikanischen Konsensus 1993 bei einer Konferenz in Mexiko festgehalten: der bereits zu verzeichnende Geburtenrückgang der letzten 10 Jahre war, entgegen den Erwartungen, von einem Rückgang der wirtschaftlichen Entwicklung begleitet und nicht umgekehrt.

Eine Tatsache, die den Verfassern des provisorischen Dokumentes nicht bekannt gewesen sein dürfte?

Es hat sich bisher auch nicht bewahrheitet, daß die Nahrungsmittelproduktion mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt halten kann.

Einem Bericht der Weltbank zufolge ist die Getreideproduktion während der achtziger Jahre um 2,1% jährlich gestiegen, während das Bevölkerungswachstum einer Rate von 1,7% per annum entsprach. Es spricht nichts dagegen, daß sich dies in den nächsten 20 Jahren ändern wird<sup>2</sup>.

Hauptziel der Konferenz scheint trotzdem die Bevölkerungskontrolle um jeden Preis zu sein. So wird etwa vorgeschlagen, daß bis zum Jahr 2015 jedes Kind, das das Licht der Welt erblickt, ein Wunschkind sein soll. Dabei ist aber vor allem eine demographische Berechnung mit im Spiel: jeder Familie werden in Zukunft 2,1 Kinder zugebilligt. Dies entspricht jener Zahl, die notwendig ist, um das demographische Gleichgewicht zu halten.

Um dieses Ziel zu erreichen, fordert man eine Erhöhung der Ausgaben für die Bevölkerungskontrolle von 1,4 auf 4% der gesamten Entwicklungshilfe (von 5 auf 13 Milliarden US-Dollars).

### „Recht auf Fortpflanzung“, „Fortpflanzungsgesundheit“

Da die Autoren aber von einem liberalen Menschenbild ausgehen, wird jedem Menschen individuell das Recht auf freie Ausübung der Sexualität zugesprochen. Man spricht häufig vom „Recht auf Fortpflanzung“, das, wie bereits erwähnt, eben den Einzelpersonen zustehen soll, sowie von der „Fortpflanzungsgesundheit“. Jene zu fördern muß Hauptziel diverser Regierungsprogramme sein. Bemerkenswert ist, daß es sich dabei offensichtlich um eine Neueinführung dieser Termini handelt, die in vorangegangenen internationalen Dokumenten nicht zu finden sind, auch nicht in den Menschenrechtsdeklarationen. Man sucht auch vergebens nach einer echten Definition der oben genannten Ausdrücke. Ausgegangen wird jedoch von einem unveräußerlichen Recht des Einzelnen auf sexuelle Aktivi-

tät ohne Einschränkungen aufgrund des Alters, des Geschlechtes oder einer bereits bestehenden ehelichen Bindung.

Die Ehe scheint überwunden zu sein. Und so entsteht das Paradoxon, daß gerade im Internationalen Jahr der Familie das Wissen um ihre Natur abhanden kommt. Und das, obwohl die allgemeine Erklärung der Menschenrechte immer bekräftigt hat, daß die Familie das „natürliche und grundlegende Element der Gesellschaft“ ist (Art 16,3). Anstatt der Familie durch Gesellschaft und Staat jenen Schutz zuteil werden zu lassen, der ihr zusteht, und der ihr unglücklicherweise in weiten Teilen der Welt fehlt, wird an den Grundfesten der Institution gerüttelt und sie selbst in Frage gestellt.

Es ist nicht verwunderlich, daß sich das Dokument auch eingehend mit AIDS auseinandersetzt. Um die „Fortpflanzungsgesundheit“ zu erreichen, wird die kostenlose Verteilung von Präservativen gefordert. Erstaunen verursacht, daß Kondome in die Liste der notwendigen Medikamente eingereiht sind.

Man vermißt jegliches Erwähnen der zwischenmenschlichen Dimension der Sexualität, oder die Forderung nach einem verantwortungsvollen Sexualverhalten, oder etwa einen Hinweis darauf, daß eheliche Treue oder Enthaltensamkeit noch immer die einzig wirksamen Garanten gegen eine AIDS-Infektion sind.

## Recht auf Abtreibung

Am schwerwiegendsten jedoch erscheinen die zahlreichen Vorschläge für die allgemeine Anerkennung eines Rechtes auf Abtreibung ohne Einschränkung auf Weltebene. Argumentiert wird mit der Gesundheit der Mutter. Noch immer gibt es zahlreiche Todesfälle, verursacht durch sogenannte „unsichere“ Abtreibungen. Man bittet alle Regierungen dafür zu sorgen, daß diese „unsicheren“ Abtreibungen verhindert werden, indem legale „sichere“ Abtreibungen angeboten werden. In diesem

Zusammenhang wird neuerlich verlangt, daß keine unerwünschten Kinder zur Welt kommen sollten. Der Mutter muß es in jedem Fall überlassen bleiben, ob sie das Kind austragen will oder nicht. Das entspricht den zu Beginn des Dokumentes aufgestellten Prinzipien, in denen gefordert wird, daß niemand gegen seinen Willen eine Ehe eingehen muß und daß niemand gegen seinen Willen Vater oder Mutter sein soll. Unklar bleibt, wie es zu verstehen ist, daß die gewollte oder ungewollte Vater- oder Mutterschaft als Individualrecht proklamiert wird, wo doch an der Zeugung eines neuen Menschen bekanntlich immer zwei Personen gemeinsam mitwirken. Ein Recht auf Abtreibung wird offen propagiert, obwohl auf der Bevölkerungskonferenz in Mexiko 1984 ausdrücklich festgehalten wurde, daß die Abtreibung auf keinen Fall als Methode der Familienplanung gefördert werden soll. Im Gegenteil: die Regierungen wurden aufgefordert, die Vermeidung der Abtreibung aktiv zu unterstützen<sup>3</sup>.

Bereits im März dieses Jahres hat Papst Johannes Paul II. in zwei Schreiben zur Weltkonferenz in Kairo Stellung bezogen. In einem Brief an Frau Nafis Sadik, die Generalsekretärin der Konferenz, behandelt er ausführlich die Kernfragen der Konferenz. Es handelt sich ja nicht um bloß wirtschaftliche oder demographische Fragen, sondern um Belange tiefer moralischer Bedeutung und weitreichender Auswirkung. „Jede Person –“, so heißt es in diesem Schreiben, „– ungeachtet ihres Alters, ihres Geschlechtes und nationaler Abstammung – verfügt über eine Würde und einen Wert, die uneingeschränkt und unveräußerlich sind; das menschliche Leben ist von seiner Zeugung an bis hin zu seinem Tod heilig; die Rechte des Menschen sind ihm von Natur aus gegeben und gehen über jede Rechtsordnung hinaus; (...)Diese Wahrheiten über die menschliche Person sind maßgebend für jede Antwort auf die Erkenntnisse, die die Auswer-

tung demographischer Daten ergeben.“ Eine Politik, die diese Grundsätze außer acht läßt, wird nur schwerlich positive Auswirkungen für die Menschheit haben.

Aufgrund der angebotenen Lösungsvorschläge — Bevölkerungskontrolle mittels Familienplanung um *jeden* Preis — drängt sich die Behauptung auf, daß Kairo eine Konferenz über Lebensstil und nicht über demographische Zahlen sein wird<sup>5</sup>. So schrieb der Papst in einem Brief an alle Staatsoberhäupter: „In Wirklichkeit hinterläßt die Lektüre dieses Dokumentes, auch wenn es sich richtigerweise nur um ein Projekt handelt, den bitteren Eindruck eines Diktates: jenes eines Lebensstils, wie er typisch ist für gewisse Schichten einer entwickelten, materiell reichen und säkularisierten Gesellschaft. Werden die Länder, die sensibler für die Werte der Natur, der Moral und der Religion sind, ohne Reaktion eine solche Sichtweise der Gesellschaft akzeptieren?“<sup>6</sup> Es geht aber um noch mehr. „Wie kann man im Blick auf das Jahr 2000 nicht an die jungen Menschen denken? Welchen Vorschlag macht man ihnen? Eine Gesellschaft von „Dingen“ und nicht von „Personen“. Das Recht, von fröhlicher Jugend an alles zu tun, aber mit der größtmöglichen „Absicherung“. Die Gabe der Selbstlosigkeit, der Beherrschung der Triebe,

der Sinn für Verantwortung sind Vorstellungen, die man einer anderen Zeit zugehörig betrachtet. (...) Es steht zu befürchten, daß morgen die gleichen jungen Menschen, wenn sie erwachsen sind, von den heute Verantwortlichen die Rechnung dafür verlangen, daß man ihnen den Sinn des Lebens vorenthalten hat, ihnen die Pflicht aufzuzeigen, die einem Sein obliegen, das mit Herz und Intelligenz ausgestattet ist.“<sup>6</sup>

Es bleibt zu hoffen, daß die Verantwortlichen der Konferenz sich doch eines anderen besinnen und Wege einschlagen, die tatsächlich dem Aufbau einer erneuerten Welt dienlich sind.

#### Referenzen:

1. Overseas Development Institute, „More people, Less Erosion“ 1994
2. World Bank, „The World Food Outlook“, November 1993
3. Recommendation 18 des Konferenzdokumentes, Mexico City, 1984
4. Johannes Paul II, An Frau Nafis Sadik, 18.3.1994
5. Johannes Paul II, Schreiben an alle Staatsoberhäupter, 19.3.1994
6. idem

*Dr. Notburga Auner ist Ärztin und als Mitarbeiterin am IMABE-Institut tätig.*